

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/39

Bonn, den 25. Februar 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Warum schlechteres Deutschlandbild in der Welt ?	76

Folge unzulänglicher Kulturarbeit im Ausland

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

2	Ungerecht	20
---	-----------	----

Die Position der Presseattachés an deutschen Botschaften

3 - 3a	"Ein rechtes Verhältnis"	71
--------	--------------------------	----

Katholische Kirche und politische Parteien

Von Dr. Heinz Kornetzki

4 - 5	Grenzen, Grenzen...	75
-------	---------------------	----

Genf ist nicht nur Schauplatz der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

6	"Diktatur - nein, Freiheit - ja"	52
---	----------------------------------	----

Spaniens Demokraten ehrten einen ihrer Dichter

+ + +

Warum schlechteres Deutschlandbild in der Welt ?

Folge unzulänglicher Kulturarbeit im Ausland

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Den Äußerungen eines hohen Beamten aus dem Bundespresse- und Informationsamt zufolge hat sich das Deutschlandbild in der Welt während der letzten acht Monate rapide verschlechtert. Begriffe wie "Die deutsche Gefahr", die jahrelang aus dem Sprachgebrauch der Presse befreundeter und neutraler Nationen verschwunden waren, tauchten erneut auf.

Diese Entwicklung kann niemand überraschen. Bereits im vergangenen Jahr erschienen recht fundierte Berichte über das Abgleiten des deutschen Ansehens in Afrika; alarmierende Nachrichten aus Lateinamerika und Asien begleiteten diese Berichte. Auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen konnte man registrieren, daß die Zahl der Fürsprecher für das deutsche Anliegen der Wiedervereinigung im Lager der "Dritten Welt" erheblich zusammengeschrumpft ist.

Was immer die Ursachen dieser Entwicklung sein mögen - eine Hauptursache ist die unsichere und schwankende Führung der deutschen Politik, - man sollte meinen, die Bundesregierung müsse sich ernste Sorgen um die Entwicklung des Deutschlandbildes in der Welt machen. Indessen scheint es, daß weder Bundeskanzler, noch Außenminister, noch die drei diesen Ressorts zugeordneten Staatssekretäre eine Vorstellung davon haben, was notwendig ist, um diese Front der Deutschlandpolitik erfolgreich zu verteidigen und sogar notwendige Fortschritte zu erzielen. Vor allem stolpert die Bundesregierung hier offenbar immer noch über den ihr so suspekten Begriff "Planung", obwohl die schwachen Stellen in unserer auswärtigen Public-Relations-Arbeit, wie in der auf diesem Gebiet gleicher Weise eminent wichtigen auswärtigen Kulturarbeit nur in von langer Hand vorbereiteten, wie auf lange Zeiträume berechneten Aktionen beseitigt werden können. Wie die Regierungsparteien in der gegen wichtigen politischen Phase die Mittel für die auswärtige Public-Relations-Arbeit beschneiden können, ohne zuvor deren Aufgaben einer sachlichen Prüfung zu unterziehen, müssen sie selbst verantworten. Einem neutralen Beobachter muß jedoch solches Tun leicht selbstmörderisch vorkommen.

Auf jedem anderen Felde, auf dem man für eine positive und freundliche Einschätzung unseres Landes arbeiten kann, jenom der auswärtigen Kulturpolitik ist die Situation keineswegs ermutigender. Die in diesem Jahr vorgenommene generöse Aufstockung der Mittel für die auswärtige Kulturarbeit, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß es in Bonn in der Zentrale des AA wie draußen, sowohl der Zahl als auch der Eignung nach, an Menschen fehlt, dieses Geld in jedem Fall sinnvoll und mit hohem Wirkungsgrad auszugeben. Das beginnt schon an der Spitze. Die Ernennung Dr. Dieter Sattlers zum Botschafter beim Vatikan hat erschreckend klargelegt, daß es in der beamteten Diplomatie zur Zeit keinen geeigneten Ersatz für diesen Mann gibt, wenn auch Außenminister Schröder anderer Meinung ist. Einen Außenseiter - und da gäbe es auch in der CDU/CSU eine stattliche Reihe äußerst fähiger Kandidaten - will man im Amt nicht. Ganz abgesehen davon, daß auch in diesem Fall der konfessionelle Proporz der Bundesregierung wichtiger ist, als die Eignung für die Bewältigung einer wichtigen Aufgabe deutscher Außenpolitik.

Das Amt verteidigt sich mit dem Argument, befähigte Außenseiter seien auf der Nettogehalts Ebene eines Ministerialdirektors und darunter, etwa für die Funktion eines Kulturreferenten im Ausland gar nicht zu bekommen. Dafür notwendige BAT 1 oder gar 8 Stellen gebe es im Stellenplan des Amtes nicht. Was hindert Minister Schröder über ihre Schaffung einen Kabinettsbeschluss herbeizuführen und ihre Notwendigkeit vor dem Haushaltsausschuss zu begründen? Nichts! Nicht einmal die hinter der Ausrufe-- andere Minister würden eine derartige Verbreiterung von Aufstiegsstellen im AA nicht hinnehmen - versteckte grundsätzliche Abneigung der Schröderschen Bürokratie gegen eine derartige Entwicklung.

In diesem Lichte kann man auf die Antwort Minister Schröders gespannt sein, die er dem Parlament hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung der Personalpolitik für die auswärtige Kulturpolitik noch schuldet.

Wenn es übrigens wahr ist, daß das AA an einer galoppierenden Auszehrung seines gehobenen Dienstes leidet und Zwangsrekrutierungen von Inspektoren und Konsularsekretären in allen Abteilungen des Amtes vorgenommen werden mußten, um die termingerechten Gehaltszahlungen der Angehörigen unseres auswärtigen Dienstes sicherzustellen, scheint es hoch an der Zeit, daß der Bundestag sich mit dem Minister auch über andere Aspekte der Personalpolitik in seinem Hause unterhält. Zum Beispiel ob der Außenminister eines, um sein Selbstbestimmungsrecht ringenden Volkes und einer vom Grundgesetz mit der Alleinvertretung ganz Deutschlands beauftragten Regierung es sich aus mangelnder Einsicht oder Resignation leisten kann, auf Mitarbeitern zu verzichten, die sie vielleicht nicht für ihre, aber sicher eine in unser
a l l e r Interesse liegenden Außenpolitik braucht.

+ + +
Ungerecht

Die Position der Presseattachés an deutschen Botschaften

sp - In abschbarer Zeit wollen mehrere Presseattachés an deutschen Botschaften ihren Abschied nehmen. Es handelt sich hierbei meist um Persönlichkeiten, die schon seit Jahren in vorderster Front der public-relation-Arbeit im Ausland tätig sind und nicht selten - besonders in den fünfziger Jahren - zunächst einmal die Karrengaularbeit leisteten, deren Ergebnisse später den Karrierediplomaten zugute kamen. In den seltensten Fällen haben diese Pioniere der deutschen Auslandsarbeit bisher Dank geerntet. Man betrachtet sie "oben" als Außenseiter und verweigert ihnen den Diplomatenstatus. Die demnächst freiwerdenden Plätze sollen von Laufbahnbeamten besetzt werden. Ihr gesellschaftlicher und beamtenrechtlicher Status ist also höher als jener ihrer Kollegen, denen man trotz jahrelanger guter Arbeit den Aufstieg verwehrt. Das ist eine Ungerechtigkeit. Ob sich die hier angewandte "Laufbahnmethode" für die deutschen Interessen gut auswirken wird, darf man bezweifeln. Während die meisten der früheren Pressereferenten aus dem Journalismus kamen und die ganze Beweglichkeit ihres Berufes nutzbringend einsetzen konnten, sind ihre Nachfolger Laufbahnbeamte; nur wenige von ihnen kennen den praktischen Journalismus. Vielleicht überlegt man sich einmal im AA, wie andere Staaten an wichtigen Botschaften die Positionen der Presseattachés besetzen. Vielleicht kann man dabei etwas lernen.

"Ein rechtes Verhältnis"

Katholische Kirche und politische Parteien

Von Dr. Heinz Kornetzki

Die Mentalität des Vatikanischen Konzils bringt nicht nur im innerkirchlichen Bereich einschneidende Veränderungen. Auch die Beziehungen von Kirche und Welt sind im Umbruch begriffen. Zu diesen Beziehungen gehört die Politik, das Zueinander von Kirche und politischen Parteien. Das weltoffene Gespräch, das die Bischöfe der ganzen Welt in Rom führten - ohne Rücksicht auf Tradition - beginnt Schule zu machen. Auch hierzulande macht sich das bemerkbar. Aus dem Bereich des offiziellen Katholizismus sind Töne zu hören, die noch vor wenigen Monaten bestenfalls hinter verschlossenen Türen zu vernehmen gewesen wären.

So schreibt in der "Entscheidung", der Zeitschrift der Jungen Union, der politische Referent beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Dr. Hans S u t t n e r, ganz offen, daß als Folge des Konzils die Affinität von Katholizismus und CDU/CSU bei Katholiken in einem "nicht gerade guten Ruch" stehe. Nach Suttner ist jetzt die Ansicht "mancher Parteifunktionäre der Union" überholt, in den katholischen Verbänden stünden der Partei bedingungslose Hilfstruppen für Wahlkampfeinsätze zur Verfügung. Suttner sagt auch unverblümt, daß die katholische Kritik am praktischen Verhalten der SPD durch das Wahlkampfmaterial der Unionspartei geschürt werde.

Ein wahrlich offenes Wort aus dem Munde eines Katholiken, der es wissen muß! Das volle Problem, das die Beziehungen von Kirche und Sozialdemokratie in der Bundesrepublik belastet, ist durch ein lapidares Geständnis erhellt worden. Nicht die Kirche ist letzten Endes daran interessiert, daß die Brücke zwischen ihr und der Sozialdemokratie nicht befahrbar ist, sondern die Unions-Parteien, die mit Eifersucht darüber wachen, daß ihr monopolistisches Verhältnis zur Kirche keinen Schaden leidet.

Die Zeitungen der Kirche und der katholischen Verbände indes beginnen, sich aus der Verklammerung mit dieser einen Partei zu lösen. Sie sagen es neuerdings auch in der Öffentlichkeit, wenn ihnen an den Unionsparteien etwas nicht paßt.

- * So nannte das Hausblatt des Kölner Kardinals Frings dieser
- * Tage die Ankündigung des CDU-Ministers Katzer, die staat-
- * liche Sparförderung einzuschränken, "ebenso bemerkenswert
- * wie töricht".

- * Die "Ketteler-Wacht", das Organ der Katholischen Arbeiter-
- * bewegung, rügte die Wiesbadener CDU-Veranstaltung "Forum 66",
- * weil es dort nicht demokratisch zugegangen sei.

- * In der katholischen Wochenzeitung "Das Wort" gab der nie-
- * dersächsische CDU-Kultusminister Langeheine offenherzig
- * zu, daß es durch das von der SPD-Landesregierung mit
- * der katholischen Kirche abgeschlossene Konkordat zu einem
- * echten "Friedensschluß" gekommen sei.

Der Katholizismus beginnt, sich seiner politischen Unabhän-
gigkeit zu erinnern und sich auf eine "faire Neutralität"
(Walter Dirks) gegenüber den Parteien einzustellen. Er darf das
ruhigen Gewissens tun, weil er sich auf die Dokumente des Kon-
zils berufen kann. In diesen Dokumenten heißt es, daß Kirche
und politische Parteien unterschiedliche Ordnungen sind. Sie
sind auf einer Ebene nicht vergleichbar, geschweige denn zu
identifizieren. So heißt es in der Pastoralkonstitution "Die
Kirche in der Welt von heute" deutlich:

- * Sehr wichtig ist es, daß besonders innerhalb der plu-
- * ralistischen Gesellschaft ein rechtes Verhältnis zwis-
- * chen der politischen Gemeinschaft und der Kirche ge-
- * wahrt werde, so daß zwischen dem, was die Christen als
- * einzelne oder in Verbänden in eigenem Namen als Bürger,
- * die von ihrem christlichen Gewissen geleitet werden,
- * und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren
- * Oberhirten tun, klar unterschieden wird. Die Kirche,
- * die in keiner Weise in ihrer Aufgabe und Zuständig-
- * keit mit der bürgerlichen Gesellschaft zu verwechseln
- * noch aus irgendeinem politischen System verpflich-
- * tet ist, ist zugleich Zeichen und Schutz der Trans-
- * zendenz der menschlichen Person".

Diese und andere Äußerungen lassen erkennen, wie stark
Strömungen innerhalb der katholischen Kirche sind, die zu
einer Klärung ihres Verhältnisses zu den politischen Partei-
en drängen.

Grenzen, Grenzen...

Genf ist nicht nur Schauplatz der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

Schwierige internationale Verhandlungen werden gern auf neutralem und kosmopolitischem Boden abgehalten. Zu den am schwersten zu lösenden Problemen gehören Grenzstreitigkeiten. So kam es, daß Genf in der gleichen Woche Ort von Verhandlungen sowohl zwischen Venezuela und Großbritannien über die Westgrenze Britisch-Guyanas als zwischen Pakistan und Indien über den Streit um den "Rann of Kutch" wurde.

Indien - Pakistan

Der "Great Rann of Kutch" - ein nahezu unbewohntes Sumpfgebiet südlich der Indus-Mündung - war im April 1965 erstmals Schauplatz bewaffneter Zusammenstöße zwischen indischen und pakistanischen Truppen geworden. Indien beansprucht und besetzt den ganzen Sumpf, unter welchem man Bodenschätze vermutet, und sieht die nördlich vorbeiführende Straße als Staatsgrenze an. Pakistan betrachtet eine ungefähr dem 24. Breitengrad folgende Linie quer durch den "Rann" als seine südliche Grenze. Der Streit geht um etwa 32500 Quadratmeilen. Beide Parteien stützen ihre Ansprüche auf Dokumente und offizielle Landkarten.

In den sporadischen Kämpfen wurden von beiden Seiten Truppen von der Stärke mehrerer Bataillone eingesetzt. Am 30. Juni 1965 konnte schließlich ein Waffenstillstand vereinbart werden. In dem Abkommen erklärten beide Regierungen die Notwendigkeit, binnen zwei Monaten eine Grenze abzustecken. Dieser erste Versuch mißlang. Als nächste Maßnahme war laut Artikel drei die Schaffung eines Schiedsgerichts vorgesehen. Hier konnte innerhalb der vorgesehenen drei Monate keine Einigung über die Person des neutralen Vorsitzenden erreicht werden, so daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen gebeten werden mußte, einen Schlichter zu ernennen. Die Wahl U Thants fiel auf den schwedischen Völkerrechtler Gunnar Lagergren. Indien beauftragte den Jugoslawen Ales Bebler mit der Interessenvertretung, Pakistan den Iraner Nasrolle Entozam. Die erste Sitzung des Schiedsgerichtes fand nun am 15. Februar in Genf statt. Nach den ersten Zusammenkünften gaben beide Parteien ihrer Genugtuung über die gute Verhandlungsatmosphäre Ausdruck. Man rechnet mit einer Sitzungsdauer von sechs Monaten bis zu einem Jahr. Die anfallenden Kosten teilen sich Indien und Pakistan.

Venezuela - Britisch-Guyana

Der andere Grenzstreit, über den im Genfer UNO-Gebäude verhandelt wurde, ist bereits 125 Jahre alt: Die Ansprüche der venezuelischen Regierung gehen auf die Situation vor 1840 zurück, als der Fluß Esequibo die Grenze zwischen dem von Spanien geerbten Gebiet und der britischen Kolonie Guyana bildete. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts stießen britische Abenteurer auf der Suche nach Bodenschätzen gegen Westen vor und die Kolonialarmee nahm das eroberte Land für die Krone in Besitz. Der preußische Naturforscher Schaumburgk steckte im Auftrag Londons eine neue Grenze zwischen dem von Revolutionen geschwächten Venezuela und Britisch-Guyana ab. Aber selbst diese Grenze wurde von den damaligen Kolonialisten nicht respektiert. Erst als es die Vereinigten Staaten für vorteilhaft fanden, sich auf die Seite Venezuelas zu stellen, stabilisierte sich die Lage. 1899 trat dann in Paris ein Schiedsgericht zusammen, bestehend aus zwei Amerikanern als Interessenvertreter Venezuelas, zwei Briten und einem Russen als "Neutralen". Großbritannien erhielt den Löwenanteil des umstrittenen Gebietes zugesprochen.

Venezuela hat diesen Territorialverlust niemals verschmerzen können. Während der letzten 13 Jahre hat die Regierung in Caracas in aller Stille die Archive nach bisher unbekanntem Dokumenten durchstöbern lassen und 1962 ihr Anliegen den Vereinten Nationen unterbreitet. Die Forderungen erstrecken sich auf ein Territorium von der Größe Englands - über 150 000 Quadratkilometer, mehr als zwei Drittel der Fläche Britisch-Guyanas.

Eine erste Verhandlungsrunde fand im vergangenen Dezember in London statt. Die Situation hat sich in der letzten Zeit insofern geändert als Britisch-Guyana am 26. Mai unabhängig werden soll. Die guyanische Besetzung war in den letzten Jahren zu einem der großen Sorgenkinder der britischen Krone geworden. Die Zusammensetzung der einheimischen Bevölkerung aus Negern, Indern, Indianern, Weißen, Chinesen und noch einigen kleineren Gruppen führte zu einem schier unlöslichen Rassenproblem. Die Labour-Regierung ist nun bemüht, zumindest den Grenzkonflikt gütlich beizulegen und Venezuela davon zu überzeugen, daß die Beibehaltung der gegenwärtigen Grenzen für das unabhängige Guyana von vitalem Interesse ist. Zur Unterstützung dieses Arguments brachte Außenminister Stewart den Premierminister Britisch-Guyanas, Forbes Burnham, nach Genf mit. Venezuela wurde durch Außenminister Iribarren Borges vertreten. - In der zwei Tage dauernden Konferenz scheint sich die venezuelische Delegation zu dem Zugeständnis durchgerungen zu haben, den Territorialanspruch zwar juristisch aufrechtzuerhalten, die Grenze mit Guyana jedoch zu respektieren. Eine innerhalb der nächsten zwei Monate zu gründende gemischte venezuelisch-guyanische Kommission soll sich um die endgültige Klärung der Sachfragen und eine friedliche Regelung des Konflikts bemühen.

"Diktatur - nein, Freiheit - ja"

Spaniens Demokraten ehrten einen ihrer Dichter

Rw. - Im Nördlichen Andalusien dehnt sich im Hochland, das die Brücke zur düsteren Mancha des Don Quijote bildet, die Ölprovinz Jaén aus. Nicht Erdöl wird hier geschürft, sondern Olivenöl produziert. Es ist eine spanische Provinz alten Stils mit wenigen Verkehrswegen und beherrscht von den Olivenkulturen, die allerdings nicht den Reichtum der Bevölkerung dieser Provinz ausmachen, sondern einiger weniger Großgrundbesitzer, die hier seit Jahrhunderten das gesellschaftliche Leben beherrschen.

In dem kleinen Städtchen Baeza in dieser Provinz gab es seit den Zeiten der Republik bereits ein Gymnasium, und an diesem Gymnasium wirkte ein hoffnungsvoll begabter Dichter, Antonio Machado, in den dreißiger Jahren als Studienprofessor für Französisch. Er liebte seinen Beruf. Koch mehr aber liebte er die Dichtung. Als Zeitgenosse von Garcia Lorca wurde Antonio Machado bald bekannt, ein junger Dichter, mit seiner Zeit und ihren großen Hoffnungen auf den Fortschritt Spaniens im Zeichen der jungen Republik eng verbunden.

Als der Bürgerkrieg ausbrach, hatte Machado gerade in seinem Fach Prüfungen für den Lehrernachwuchs in Madrid geleitet. Mit Herz und Seele trat er für den Kampf für die Republik und gegen die aufständischen Generale ein, die dann mit Hilfe von Hitler und Mussolini Spanien unterjochten. Als Katalonien im Januar 1939 der Übermacht erlag und eine halbe Million Soldaten der Republik über die verschneiten Pfade der Pyrenäen nach Frankreich flüchteten, war der kranke Dichter unter ihnen. Und mit ihm seine Mutter, die ihren Sohn nicht allein ins Ungewisse wandern lassen wollte. In Frankreich wurden die geschlagenen Republikaner bei Wind und Wetter und ohne Nahrung viele Tage lang auf freiem Feld zusammengetrieben. Unter ihnen war der Dichter Antonio Machado, der am 22. Februar 1939 seinem Leiden und den Strapazen erlag. 27 Jahre später sollte in dem Gymnasium des Städtchens Baeza eine Gedenktafel enthüllt und vor den Toren ein Gedenkstein des Bildhauers P. Serrano aufgestellt werden. Man forderte zu einer Fahrt nach Baeza in der anliegenden Provinz Jaén auf. Und sie kamen, die Dichter, die Schriftsteller, die Künstler, ja sogar ein Verleger. Sie alle wollten dabei sein, als es darum ging, den "Werten der Kultur und der Freiheit, die Machado darstellte" ihre Reverenz zu erweisen.

Die Wächter der Staatsordnung in Franco-Spanien hatten keine Maßnahmen getroffen. Offenbar kannte niemand an maßgebender Stelle den Dichter Antonio Machado. Ein Gymnasiallehrer, der dichtet! Nun, das gibt es oft. Als dann aber offenbar wurde, daß an die zweitausend Verehrer des Dichters auf dem Weg nach Baeza unterwegs waren, wurde die Landstraße abgeriegelt. Die berühmte Zivilgarde, denen Garcia Lorca ein politisch-dichterisches Denkmal gesetzt hatte, wurde mobilisiert. Die Autobusse durften nicht weiter fahren. So ging man zu Fuß. Die Dichter, Schriftsteller, Künstler und Verleger marschierten 14 Kilometer bis Baeza. Sie wollten nach Baeza, sie wollten das Andenken des Dichters der Republik ehren und versammelten sich auf dem kleinen Hügel, auf dem ein Ehrenmal des Bildhauers Serrano aufgestellt werden sollte. Die Polizei wollte diese "Aufrührer" daran hindern, hier Gedichte des Toten vorzulesen. Die Antwort war eindeutig, man improvisierte Sprechchöre: "Diktatur - nein, Freiheit - ja", und auch "Machado mit dem Volk - und das Volk mit Machado".

So wurde dem kämpferischen Dichter der Republik das beste Denkmal gesetzt, das seiner und seines Geistes würdig war.